
BUD / Postulat SP-GRÜNE-GLP-Fraktion vom 3. Dezember 2024

Verkehrswende jetzt – nachhaltige Verkehrsverlagerung für Sanierung Rosenbergtunnel vorbereiten

Antrag der Regierung vom 11. Februar 2025

Nichteintreten.

Begründung:

Das vorliegende Postulat fordert eine umfassende Prüfung von Massnahmen, mit denen die Autobahn und das städtische Strassennetz im Hinblick auf die zukünftige Sanierung der beiden Rosenbergrohren entlastet werden sollen. Es beinhaltet unter anderem Vorschläge zu Carpooling, Mobility Pricing, Verkehrsleitsystemen und zur Verlagerung auf den öffentlichen Verkehr.

Die Regierung unterstützt das Ziel, die wachsenden Verkehrsbedürfnisse so weit wie möglich mit dem öffentlichen Verkehr sowie dem Fuss- und Veloverkehr zu bewältigen. Es sollen sämtliche Verkehrsmittel gleichwertig berücksichtigt und umweltfreundliche Alternativen gefördert werden. Dies entspricht den Zielen der kantonalen Gesamtverkehrsstrategie (40.18.02). Dort sind umfassende Massnahmen verankert, um Fuss- und Veloverkehr sowie den öffentlichen Verkehr zu stärken. Im aktuellen 18. Strassenbauprogramm (36.23.02) sind beispielsweise rund 111 Mio. Franken für Planung und Bau von Fuss- und Veloverkehrsprojekten vorgesehen.

Ein bedeutender Teil der geforderten Massnahmen liegt jedoch ausserhalb des direkten Einflussbereichs des Kantons. Für Mobility Pricing etwa fehlen rechtliche Grundlagen, die ausschliesslich der Bund schaffen kann. Ebenso betrifft die Förderung von Carpooling in erster Linie die Nationalstrassen, die in den Zuständigkeitsbereich des Bundes fallen. Insofern können diese Massnahmen nicht allein vom Kanton geregelt oder umgesetzt werden.

Angesichts des Neins zum Ausbauschnitt 2023 der Nationalstrassen, der unter anderem die dritte Röhre am Rosenberg und den Zubringer Güterbahnhof umfasst hätte, erwartet der Kanton bei der bevorstehenden Sanierung (frühestens ab 2035) erhebliche Herausforderungen. Ein Ausweichverkehr auf das städtische und kantonale Strassennetz wird sich kaum vermeiden lassen und könnte sowohl den motorisierten Individualverkehr als auch den öffentlichen Verkehr massiv beeinträchtigen. Um Lösungen für diese Situation zu finden, ist der Kanton auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Bund angewiesen, da bundesseitig nicht nur rechtliche Anpassungen, sondern auch planerische und finanzielle Entscheidungen getroffen werden müssen.

Die Regierung ist bereit, sich beim Bund aktiv für eine Prüfung der im Postulat aufgeworfenen Fragestellungen einzusetzen. Dazu zählt insbesondere die Klärung, ob und unter welchen Bedingungen ein Pilotversuch zu Mobility Pricing im Kanton St.Gallen denkbar wäre. Gemeinsam mit dem Bund soll eine möglichst nachhaltige Verkehrslösung für die Sanierung des Rosenbergtunnels entwickelt werden. Dabei ist es entscheidend, dass der öffentliche Verkehr attraktiv gestaltet wird, um eine nachhaltige Verlagerung zu begünstigen. Eine ausreichende Angebotsdichte, gute Erschliessung und ein kundenfreundliches Tarifsystem sind dabei zentrale Erfolgsfaktoren.

Eine Verkehrswende, die das städtische Netz nachhaltig entlastet und zugleich den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht wird, kann nur auf einer soliden gesetzlichen Grundlage und mit geeigneten Anreizsystemen gelingen. Der Kanton setzt sich bereits jetzt mit verschiedenen Massnahmen für einen umweltverträglichen Verkehr ein und trägt aktiv zur Umsetzung des kantonalen Veloweggesetzes bei, um ein durchgehendes Velowegnetz zu schaffen. Dennoch sind für die Gesamtverkehrslösung, insbesondere für den Umgang mit den zu erwartenden Engpässen während der Sanierung des Rosenberg隧nels, vorgängige Entscheide auf Bundesebene unerlässlich.

Vor diesem Hintergrund anerkennt die Regierung zwar die Relevanz der im Postulat angesprochenen Massnahmen, sieht jedoch aktuell den grössten Handlungsspielraum auf Bundesebene. Ohne konkrete übergeordnete Vorgaben und Rahmenbedingungen auf Bundesebene ist die Ausarbeitung eines kantonalen Massnahmenpakets im jetzigen Zeitpunkt wenig sinnvoll. Aus diesem Grund beantragt die Regierung dem Kantonsrat Nichteintreten auf das Postulat. Die Regierung wird sich aber dafür einsetzen, dass die erforderlichen Entscheide auf Bundesebene möglichst rasch erfolgen, damit dann auf der Basis von verlässlichen Rahmenbedingungen ein konkretes Massnahmenpaket erarbeitet werden kann, um eine zukunftsfähige, sozial verträgliche und umweltfreundliche Mobilitätslösung für den Raum St.Gallen zu gewährleisten.